

V0267/23

öffentlich



SPD Stadtratsfraktion, Unterer Graben 83-87, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 14.03.2023

Telefon (0841) 3 40 02

Telefax (0841) 9 31 23 57

E-Mail fraktion.spd@ingolstadt.de

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	

**Deutschlandticket für städtische Beschäftigte
-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 14.03.2023-**

Antrag

die Einführung des Deutschlandtickets (49 Euro-Ticket) wird nicht nur Auswirkungen auf die Tarifstruktur von Verkehrsverbänden haben, sondern auch auf Abo-Angebote wie beispielsweise Jobtickets. Aus diesem Grund stellt die SPD-Stadtratsfraktion folgenden

Prüfantrag:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob der beim herkömmlichen Jobticket gewährte Zuschuss für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie die der städtischen Tochterunternehmen auch beim Deutschlandticket gewährt werden kann und dies gegebenenfalls mit der Regierung von Oberbayern abzustimmen.

Begründung:

Die Stadt Ingolstadt könnte durch diese Maßnahme nicht nur Bürokratie, die mit der Verwaltung der Jobtickets entsteht, einsparen, sondern auch Kosten wie die Bezuschussung von Jobtickets und Dienstfahrten. In vielen deutschen Städten wird derzeit sogar geprüft, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der kommunalen Tochterunternehmen das Deutschlandticket kostenfrei zur Verfügung zu stellen, wodurch die Kommunen wiederum Vorbilder für andere Arbeitgeber sein können. Gleichzeitig kann dies eine weitere Bemühung sein, dem Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst zu begegnen.

Diese Maßnahme trägt darüber hinaus nicht nur dazu bei, die nationalen Klimaziele zu erreichen, sondern bietet für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Vorteil, das Ticket auch privat bundesweit zu nutzen.

Begründung